



Das Jahr 1937 und die Gegenwart

Thesen von MEMORIAL

Vor siebzig Jahren kam es auf Beschluss der höchsten Parteiorgane in der UdSSR zu einer der üblichen blutigen „Säuberungen“, die fast zwei Jahre andauerte. In der historischen Publizistik wird diese Verfolgungskampagne häufig als „Großer Terror“ bezeichnet; im Volk nennt man sie dagegen einfach „das Jahr 37“.

Die kommunistische Diktatur ging immer – sowohl vor als auch nach 1937 – mit politischen Verfolgungen einher. Gerade das Jahr 1937 wurde im Gedächtnis der Menschen indes zu einem unheilvollen Symbol für das System von Massenmorden, wie sie die Staatsmacht organisiert und durchgeführt hat. Das liegt offensichtlich daran, dass der Große Terror einige hervorstechende Charakterzüge aufweist, die seine besondere Stellung in der Geschichte und den überragenden Einfluss prägen, den er auf das Schicksal unseres Landes ausgeübt hat und immer noch ausübt.

Das Jahr 1937 – das ist das gigantische Ausmaß an Repressionen, die alle Regionen und ausnahmslos alle Schichten der Gesellschaft erfassten, von der obersten Führung des Landes bis hin zu Bauern und Arbeitern, die weit weg waren von aller Politik. In den Jahren 1937/38 wurden über 1,7 Millionen Menschen auf Grund politischer Anklagen verhaftet. Mit den Opfern von Deportationen und den als „sozial schädlichen Elementen“ Verurteilten liegt ihre Zahl bei über 2 Millionen.

Es ist die unglaubliche Grausamkeit der Urteile: Mehr als 700.000 Verhaftete wurden hingerichtet.

Es ist die präzedenzlose Planmäßigkeit der terroristischen „Spezialoperationen“. Die ganze Kampagne wurde von der höchsten politischen Führung der UdSSR sorgfältig im Voraus geplant und stand unter ihrer ständigen Kontrolle. In Geheimbefehlen des NKWD wurden die Fristen für die Durchführung der einzelnen Operationen, die Gruppen und Kategorien der Bevölkerung, die für die „Säuberung“ vorgesehen waren, und ebenso die „Limite“ festgelegt – die Planziffern für Verhaftungen und Erschießungen in jeder Region. Jegliche Änderungen, jegliche „Initiativen von unten“ mussten mit Moskau abgestimmt und von dort abgesegnet werden.

Aber für den Großteil der Bevölkerung, der den Inhalt dieser Befehle nicht kannte, war die Logik der Verhaftungen rätselhaft und unerklärlich, sie war nicht mit dem gesunden Menschenverstand zu erfassen. In den Augen der Zeitgenossen erschien der Große Terror wie eine gigantische Lotterie. Die fast mystische Unfassbarkeit des Geschehens löste besonderen Schrecken aus und bewirkte bei Millionen von Menschen ein Gefühl der Unsicherheit in Bezug auf ihr eigenes Schicksal.

Die groß angelegten Verfolgungen betrafen insbesondere die Repräsentanten der neuen sowjetischen Eliten – der politischen, militärischen und wirtschaftlichen. Die Abrechnung mit Personen, deren Namen dem ganzen Land bekannt waren (gerade von ihnen berichteten die Zeitungen in erster Linie) und an deren Loyalität zu zweifeln es keinerlei Anlass gab, ließen die Panik und Massenpsychose nur noch ansteigen. Später entstand sogar der Mythos, der Große Terror habe sich

ausschließlich gegen die alten Bolschewiki und die Staats- und Parteispitzen gerichtet. In Wirklichkeit waren die meisten Verhafteten und Erschossenen einfache sowjetische Bürger, die parteilos waren und keinerlei Eliten angehörten.

Das Jahr 1937 – das sind Fälschungen von Anklagen in einem in der Weltgeschichte bis dahin unbekanntem Ausmaß. Die Möglichkeit einer Verhaftung leitete sich 1937/38 hauptsächlich von der Zugehörigkeit zu einer beliebigen Bevölkerungskategorie her, die in einem der „operativen Befehle“ des NKWD genannt war, oder aus Kontakten – dienstlichen, verwandtschaftlichen oder freundschaftlichen – mit Personen, die bereits verhaftet waren. Die individuelle „Schuld“ zu formulieren war Sache der Untersuchungsrichter. Deshalb wurden gegen Tausende und Abertausende Verhafteter phantastische Anklagen wegen „konterrevolutionärer Verschwörung“, „Spionage“, „Vorbereitung von Terrorakten“, „Diversionen“ usw. erhoben.

Das Jahr 1937 ist die Renaissance der Normen des mittelalterlichen Inquisitionsprozesses im 20. Jahrhundert mit all seinen traditionellen Attributen: mit Fernurteilen (in den weitaus meisten Fällen), mit Scheingerichtsverfahren, dem Fehlen einer Verteidigung, der faktischen Vereinigung der Rollen von Untersuchungsrichter, Ankläger, Richter und Henker in einer einzigen Behörde. Wie schon zu Zeiten der Inquisition, diente wiederum das rituelle „Schuldbekennnis“ des Häftlings als Hauptbeweismittel. Das Bestreben, ein Geständnis zu erhalten, führte in Verbindung mit der Willkür und Phantastik der Anklagen zu massenhafter Anwendung der Folter; im Sommer 1937 wurde die Folter offiziell sanktioniert und als Untersuchungsmethode empfohlen.

Das Jahr 1937 – das sind die außerordentlichen und geschlossenen Gerichtsverfahren. Es ist das Geheimnis, von dem die Ausübung der „Rechtssprechung“ umwoben war, die undurchdringliche Geheimhaltung um die Erschießungsplätze und die Bestattungsorte der Hingerichteten. Es ist die systematische langjährige offizielle Lüge über das Schicksal der Erschossenen: zuerst über die legendären „Lager ohne Korrespondenzerlaubnis“, dann über den Tod, angeblich in Folge einer Krankheit, unter Angabe gefälschter Todesdaten und – orte.

Das Jahr 1937 – das ist die Kollektivhaftung, die die Stalinsche Führung dem gesamten Volk auferlegen wollte. Landesweit fanden Versammlungen statt, auf denen die Menschen gezwungen wurden, der öffentlichen Lüge über die entlarvten und unschädlich gemachten „Volksfeinde“ stürmischen Beifall zu zollen. Kinder wurden gezwungen, sich von ihren verhafteten Eltern loszusagen, und Frauen von ihren Männern.

Das sind Millionen zerschlagener Familien. Die verhängnisvolle Abkürzung „TschIR“ – „Familienmitglied eines Vaterlandsverrätters“ – war für 20.000 Witwen, deren Männer auf Beschluss des Militärkollegiums des Obersten Gerichts hingerichtet worden waren, gleichbedeutend mit der Verurteilung zur Haft in Speziallagern. Das waren Hunderttausende von „Waisen des Jahres 1937“ – Menschen mit einer gestohlenen Kindheit und zerbrochenen Jugend.

Es ist die endgültige Entwertung des Werts des menschlichen Lebens und der Freiheit. Es ist der Kult des „Tschekismus“, die Romantisierung der Gewalt, das vergöttlichte Idol des Staates. Es ist die Epoche, in der im Bewusstsein des Volkes alle Rechtsbegriffe vollständig hinweggefegt wurden.

Schließlich ist das Jahr 1937 eine geradezu phantastische Kombination bacchanalischen Terrors mit einem hemmungslosen Propagandafeldzug, der die sowjetische Demokratie als die weltweit vollkommenste und die sowjetische Verfassung als die weltweit demokratischste sowie die großen Errungenschaften und

Heldentaten des sowjetischen Volkes in der Arbeit pries. Gerade 1937 bildete sich endgültig eine typische Eigenschaft der sowjetischen Gesellschaft heraus, nämlich das Doppeldenken, eine Folge der Spaltung der Realität, die dem gesellschaftlichen und individuellen Bewusstsein durch die Propaganda aufgezwungen wurde.

Auch jetzt, siebenzig Jahre später, ist der verhängnisvolle Einfluss der Katastrophe der Jahre 1937/38 sowie des ganzen Systems staatlicher Gewalt, deren Symbol und Quintessenz diese Jahre geworden sind, in den Stereotypen des öffentlichen Lebens und der Staatspolitik Russlands und der anderen Länder, die auf den Ruinen der UdSSR entstanden sind, deutlich zu erkennen. Diese Katastrophe ist in das Unterbewusstsein der Massen gleichermaßen wie in das individuelle eingegangen, sie hat die Psychologie der Menschen zerrüttet, sie hat verschleppte Krankheiten unserer Mentalität verschlimmert, die noch vom Russischen Reich stammen, und neue gefährliche Komplexe erzeugt.

Die Empfindung der Nichtigkeit des menschlichen Lebens und der Freiheit vor dem Götzen der Macht – das ist eine nicht bewältigte Folge des Großen Terrors.

Die Gewöhnung an die „gelenkte Rechtssprechung“ – Justizorgane, die ihre Tätigkeit nicht nach der Norm des Gesetzes richten, sondern nach den Befehlen der Obrigkeit – das ist eine offensichtliche Erbschaft des Großen Terrors.

Die Imitation des demokratischen Prozesses bei gleichzeitiger Beschneidung der elementaren demokratischen Institutionen und unverhohlener Missachtung der menschlichen Rechte und Freiheiten, Verletzungen der Verfassung, die mit Beschwörungen der unverbrüchlichen Treue zur Verfassungsordnung einhergehen – das ist das Gesellschaftsmodell, das gerade während des Großen Terrors erstmals erfolgreich erprobt wurde.

Die reflektorische Ablehnung unabhängiger gesellschaftlicher Aktivität seitens des heutigen bürokratischen Apparats, die nicht endenden Versuche, sie strenger staatlicher Kontrolle zu unterwerfen – das ist ebenfalls ein Ergebnis des Großen Terrors, als das bolschewistische Regime einen Schlusspunkt unter die langjährige Geschichte seines Kampfes gegen die bürgerliche Gesellschaft setzte. Gegen 1937 waren alle kollektiven Formen des gesellschaftlichen Lebens in der UdSSR – des kulturellen, wissenschaftlichen, sozialen usw., vom politischen zu schweigen – bereits liquidiert oder durch Imitationen, Nachbildungen ersetzt; danach konnte man die Menschen einzeln vernichten, und zugleich alle Vorstellungen von Unabhängigkeit, ziviler Verantwortung und menschlicher Solidarität aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein eliminieren.

Die Wiederbelebung der alten Konzeption von der „feindlichen Einkreisung“ in der gegenwärtigen russischen Politik – der ideologischen Basis und propagandistischen Absicherung des Großen Terrors, Misstrauen und Feindseligkeit gegenüber allem Ausländischen, die hysterische Suche nach „Feinden“ im Ausland und einer „Fünften Kolonne“ im Inland und andere Stalinsche ideologische Schablonen, die eine Wiedergeburt in neuem politischen Kontext erleben – dies alles zeugt von dem nicht überwundenen Erbe von 1937 in unserem politischen und gesellschaftlichen Leben. Die Leichtigkeit, mit der in unserer Gesellschaft Nationalismus und Xenophobie entstehen und gedeihen, ist ohne Zweifel nicht zuletzt ein Relikt der „nationalen Spezialoperationen“ der Jahre 1937 und 1938 sowie der Deportationen ganzer Völker in den Kriegsjahren, die man des Verrats beschuldigte, sowie ein Relikt des „Kampfes gegen den Kosmopolitismus“, der „Ärzteaffäre“ und der damit einhergehenden Propagandakampagnen.

Der intellektuelle Konformismus, die Angst vor jeglichem „Anderssein“, die fehlende Gewöhnung an freies und unabhängiges Denken, die Nachgiebigkeit gegenüber der Lüge – das sind in vieler Hinsicht Resultate des Großen Terrors.

Hemmungsloser Zynismus ist die Kehrseite des Doppeldenkens, die Wolfsmoral des Lagers („Stirb du heute, ich erst morgen“), der Verlust traditioneller Familienwerte – auch diese unsere Probleme sind Folgen der Schule des Großen Terrors sowie des GULAG.

Die katastrophale Isoliertheit der Menschen, der Herdentrieb, der den Kollektivismus abgelöst hat, der schmerzliche Mangel an menschlicher Solidarität – dies alles sind Resultate der Verfolgungen, Deportationen, Zwangsumsiedlungen, es sind Resultate des Großen Terrors, dessen Ziel ja gerade in der Aufsplitterung der Gesellschaft in Atome, der Umwandlung des Volkes in eine „Bevölkerung“ bestand, in eine Masse, die sich leicht und einfach lenken lässt.

Natürlich wirkt sich das Erbe des Großen Terrors heute nicht in Massenverhaftungen aus und wird dies auch schwerlich tun – wir leben in einer ganz anderen Epoche. Aber dieses Erbe, dessen sich die Gesellschaft nicht bewusst wird und das sie somit auch nicht überwindet, kann leicht eine „Leiche im Keller“ werden, zum Fluch heutiger und künftiger Generationen, der mitunter in staatlichem Größenwahn, dann wiederum in Anfällen von Spionomanie sowie in Rückfällen in repressive Politik zum Ausbruch kommt.

Was ist im Sinne einer Klärung und Überwindung der verhängnisvollen Erfahrung von 1937 zu tun?

Die letzten anderthalb Jahrzehnte haben gezeigt, dass eine öffentliche Untersuchung des politischen Terrors der sowjetischen Periode von Rechtspositionen aus unabdingbar ist. Die terroristische Politik der damaligen Führer des Landes und vor allem des Generalideologen und obersten Organisators des Terrors, Jossif Stalin, und die konkreten, von ihm begangenen Verbrechen müssen eine eindeutige juristische Bewertung erhalten. Nur eine solche Bewertung kann als Ausgangspunkt, als Grundstein des rechtlichen und historischen Bewusstseins, als Fundament für die weitere Aufarbeitung der Vergangenheit dienen. Im gegenteiligen Fall wird das Verhältnis der Gesellschaft zu den Ereignissen der Epoche des Terrors zwangsläufig je nach den Veränderungen in der politischen Konjunktur schwanken, und das Gespenst des Stalinismus wird periodisch wiederaufleben und Gestalt annehmen, sei es in Büsten des Diktators in den Straßen unserer Städte, sei es in Form von Rückfällen in die Stalinschen politischen Praktiken in unserem Leben.

Wahrscheinlich bedarf es zur Durchführung einer vollwertigen Gerichtsverhandlung eines speziellen Gerichtsorgans – Präzedenzfälle in der weltweiten juristischen Praxis sind bekannt.

Leider zeigt sich bisher die entgegengesetzte Tendenz: 2005 hat die Staatsduma der Russischen Föderation aus der Präambel des Rehabilitierungsgesetzes von 1991 die einzige in der russischen Gesetzgebung vorhandene Formulierung gestrichen, in der von dem „moralischen Schaden“ die Rede ist, der den Opfern des Terrors zugefügt worden ist. Dieser Schritt bedarf keiner sittlichen und politischen Bewertung – er spricht für sich. Die Worte über den moralischen Schaden müssen wieder in den Gesetzestext eingefügt werden. Das muss nicht nur im Namen des Andenkens an die Ermordeten geschehen, sondern auch um der Selbstachtung willen und um die Beleidigung zu tilgen, die einigen Zehntausenden sehr alten Menschen zugefügt

worden ist, den überlebenden GULAG-Häftlingen und Hunderttausenden Verwandten der Opfer des Terrors.

Die rechtliche Bewertung des Terrors ist ein wichtiger Schritt, der indes nicht ausreicht.

Es müssen günstige Bedingungen zur Fortsetzung und Ausweitung der Forschungsarbeit über die Geschichte des staatlichen Terrors in der UdSSR geschaffen werden. Vor allem sind alle derzeit geltenden künstlichen und unbegründeten Zugangsbeschränkungen zu Archivmaterialien, die mit politischen Verfolgungen in Zusammenhang stehen, aufzuheben.

Das zeitgenössische historische Wissen über die Epoche des Terrors muss Allgemeingut werden: Es sind endlich Geschichtslehrbücher für Schulen und Universitäten zu verfassen, in denen die politischen Verfolgungen und insbesondere der Große Terror ausreichend, ihrer historischen Bedeutung entsprechend, behandelt werden. Die Geschichte des sowjetischen Terrors muss nicht nur ein obligatorischer und wichtiger Teil der Schulbildung werden, sondern auch Gegenstand ernsthafter Bemühungen im Bereich der Volksbildung im weiten Sinne des Wortes. Auf den staatlichen Fernsehkanälen müssen Aufklärungs- und Kulturprogramme zu diesem Thema ausgestrahlt werden; Editionsprojekte zur Publikation wissenschaftlicher, aufklärender sowie Erinnerungs-Literatur zur Epoche des Terrors sind von staatlicher Seite zu unterstützen.

Dringendes Desiderat ist ein zentrales Museum zur Geschichte des Staatsterrors, das in Status und Niveau dem Ausmaß der Tragödie gerecht wird, und dieses soll ein methodisches und wissenschaftliches Zentrum für die Museumsarbeit zu diesem Thema werden. Die Geschichte des Terrors und des GULAG muss in allen historischen und landeskundlichen Museen des Landes gezeigt werden, so, wie dies beispielsweise bei der anderen großen historischen Tragödie, dem Großen Vaterländischen Krieg, der Fall ist.

In Moskau ist ein zentrales Denkmal für die Ermordeten zu errichten, und zwar vom Staat und im Namen des Staates. Ein solches Denkmal verspricht man uns bereits seit 45 Jahren; es ist an der Zeit, das Versprechen einzulösen. Aber das genügt nicht: Denkmäler für die Opfer des Terrors muss es im ganzen Lande geben. Leider ist bisher in vielen Städten das Gedenken an die Opfer über Grundsteine, die vor 15 bis 18 Jahren aufgestellt wurden, nicht hinausgekommen.

Landesweit müssen Gedenkzeichen und Gedenktafeln die Orte kennzeichnen, die mit der Infrastruktur des Terrors verbunden sind: an erhalten gebliebenen Gebäuden von Untersuchungs- und Transitgefängnissen, Politisolatoren, NKWD- und GULAG-Verwaltungen usw. Gedenkzeichen, Hinweisschilder und Informationstafeln sind auch an Standorten großer Lagerkomplexe anzubringen, an Betrieben, die mit Häftlingsarbeit geschaffen wurden, sowie auf Straßen, die zu noch vorhandenen Ruinen von Lagerzonen führen.

Benennungen von Straßen und Plätzen, ja sogar von Ortschaften, die auf Staatsfunktionäre zurückgehen, die den Terror organisiert und aktiv daran mitgewirkt haben, müssen beseitigt werden. Die Ortsbezeichnungen dürfen keine Zone der Verewigung des Gedenkens der Verbrecher bleiben.

Es bedarf eines staatlichen Programms, um Gedenkbücher für die Opfer der politischen Verfolgungen in allen Subjekten der Russischen Föderation zu erstellen und herauszugeben. Derzeit geschieht dies nur in einigen Regionen Russlands. Nach annähernden Schätzungen enthält die Liste der Namen, die in diesen Büchern aufgeführt sind, bis zum heutigen Tage nicht mehr als 20 Prozent der Gesamtzahl der Personen, die politischen Verfolgungen ausgesetzt waren.

Es ist baldmöglichst ein gesamttrussisches oder sogar zwischenstaatliches Programm für die Suche nach Bestattungsorten von Opfern des Terrors zu konzipieren und umzusetzen, um dort Gedenkstätten einzurichten. Das ist weniger ein Problem der Bildung und Aufklärung als ein moralisches. Auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR finden sich viele Hunderte Erschießungsgräben und Massengräber, wo man die Hingerichteten heimlich verscharrt hat, Tausende von Lager- und Sondersiedlungsfriedhöfen, die ganz oder zum Teil zerstört sind, sowie solche, von denen lediglich Spuren geblieben sind; von Tausenden von Friedhöfen sind nicht einmal mehr Spuren geblieben.

All dies würde das Gedenken an eine der größten humanitären Katastrophen des 20. Jahrhunderts fördern und dazu dienen, eine stabile Immunität gegen totalitäre Stereotype zu entwickeln.

Das Gesagte bezieht sich in erster Linie auf Russland, den Rechtsnachfolger der UdSSR, die größte der ehemaligen Sowjetrepubliken, das Land, in dessen Hauptstadt sich das Zentrum für die Planung der Terrorkampagnen befand, von wo diese ihren Anfang nahmen und wo die Mechanismen des Terrors geleitet wurden, das Land, dessen Territorium den wesentlichen Teil des GULAG-Imperiums beherbergte.

Allerdings ist sehr vieles von dem, was getan werden muss, im gesamten Raum der ehemaligen UdSSR zu tun, am besten in gemeinsamen Anstrengungen unserer Länder. Die Geschichte des Terrors wird in den heutigen postsowjetischen Staaten unterschiedlich interpretiert und behandelt. Das ist natürlich. Aber es ist von grundsätzlicher Bedeutung, dass aus diesen Unterschieden ein Dialog entsteht. Ein Dialog der nationalen Erinnerungen ist ein wichtiger und notwendiger Teil der Klärung der historischen Wahrheit; schlecht ist nur, wenn er in wechselseitige Vorwürfe ausartet, in Versuche, die historische (und folglich die zivile) Verantwortung von sich auf den „anderen“ abzuwälzen. Leider wird gerade die Geschichte des sowjetischen Terrors sehr häufig zu einem Instrument aktueller zwischenstaatlicher politischer Abrechnungen, und eine ehrliche gemeinsame Arbeit an der gemeinsamen Vergangenheit wird ersetzt durch eine Auflistung gegenseitiger Kränkungen, durch Abrechnungen und Vorbehalte.

Deshalb muss das komplexe Programm, das sich der tragischen Erfahrung der Vergangenheit widmet, am ehesten ein internationales und zwischenstaatliches sein. Das betrifft sowohl die historischen Forschungen als auch die Herausgabe von Gedenkbüchern und die Errichtung von Gedenkstätten an Bestattungsorten, und vieles andere mehr – vielleicht auch die Verfassung von Lehrbüchern. Die Erinnerung an den Terror ist unseren Völkern gemeinsam. Sie trennt uns nicht, sondern verbindet uns, auch deshalb, weil es nicht nur die Erinnerung an Verbrechen ist, sondern auch die an gemeinsamen Widerstand gegen die Maschinerie der Morde, die Erinnerung an internationale Solidarität und gegenseitige menschliche Hilfe.

Natürlich entsteht die Erinnerung an die Vergangenheit nicht mit Hilfe von Erlassen und Regierungsbeschlüssen. Historisches Gedenken kann sich nur in breiten öffentlichen Diskussionen entwickeln. Je weiter die Zeit fortschreitet, desto deutlicher wird es, dass eine solche Diskussion dringend erforderlich ist.

Die Aufarbeitung des Großen Terrors und darüber hinaus der gesamten Erfahrung der sowjetischen Geschichte ist nicht nur für Russland und nicht nur für die Länder notwendig, die zu UdSSR oder zum „sozialistischen Lager“ gehörten. Dieser

Diskussion bedürfen alle Länder und Völker, die gesamte Menschheit, denn die Ereignisse des Großen Terrors fanden ihren Niederschlag nicht nur in der sowjetischen, sondern in der Weltgeschichte. GULAG, Kolyma, 1937 – das sind ebensolche Symbole des 20. Jahrhunderts wie Auschwitz und Hiroshima. Sie gehen über die Grenzen des historischen Schicksals der UdSSR oder Russlands hinaus und werden zu einem Zeugnis für die Brüchigkeit und Labilität der menschlichen Zivilisation, für die Relativität der Errungenschaften des Fortschritts, zu einer Warnung vor der Möglichkeit künftiger katastrophaler Rückfälle in die Barbarei. Deshalb muss die Diskussion über den Großen Terror ebenfalls über den nationalen Rahmen hinausgehen, ebenso wie bei einigen der oben genannten humanitären Katastrophen muss sie zum Gegenstand einer gesamt menschlichen Reflexion werden. Aber den Anstoß für diese Diskussion muss natürlich das öffentliche Denken in jenen Ländern geben, die Teile der UdSSR waren, in erster Linie in Russland. Leider ist gerade in Russland die Bereitschaft der Gesellschaft, die Wahrheit über ihre Geschichte zu erfahren und zu akzeptieren, die Ende der 1980er Jahre ziemlich groß schien, in den 1990er Jahren der Gleichgültigkeit, Apathie und dem Unwillen gewichen, „in der Vergangenheit zu graben“. Es gibt auch Kräfte, die direkt daran interessiert sind, dass es zu diesem Thema keine Diskussionen mehr gibt. Im öffentlichen Bewusstsein und in der Staatspolitik verstärken sich Tendenzen, die einem freien und offenen Gespräch über unsere jüngste Geschichte alles andere als förderlich sind. Diese Tendenzen fanden Ausdruck in der offiziellen, wenn auch nicht immer deutlich formulierten Konzeption der vaterländischen Geschichte ausschließlich im Sinne „unserer ruhmreichen Vergangenheit“.

Es heißt, dass eine Aktualisierung der Erinnerung an Verbrechen, die der Staat in der Vergangenheit begangen hat, einer nationalen Konsolidierung im Wege stehe (oder, um es in der Sprache der totalitären Epoche auszudrücken, „die moralisch-politische Einheit des sowjetischen Volkes untergräbt“).

Es heißt, diese Erinnerung schade dem Prozess der nationalen Wiedergeburt.

Es heißt, dass wir in erster Linie der heroischen Errungenschaften und Heldentaten des Volkes im Namen der großen und ewigen Staatsmacht gedenken sollen.

Es heißt, dass das Volk diese Erinnerung nicht will, sondern sie ablehnt.

Und in der Tat, einem bedeutenden Teil unserer Mitbürger fällt es leichter, angenehme, beruhigende Mythen zu akzeptieren als nüchtern ihre tragische Geschichte zu betrachten und sie im Namen des Künftigen aufzuarbeiten. Wir verstehen, warum das so ist: Eine ehrliche Aufarbeitung der Vergangenheit legt auf die Schultern der heute lebenden Generationen eine immense und ungewohnte Last historischer und ziviler Verantwortung. Aber wir sind überzeugt: Wenn wir diese tatsächlich sehr schwere Last der Verantwortung für die Vergangenheit nicht auf uns nehmen, wird es keinerlei nationale Konsolidierung und keinerlei Wiedergeburt für uns geben.

Am Vorabend eines der furchtbarsten Jahrestage unserer gemeinsamen Geschichte ruft „MEMORIAL“ alle, denen die Zukunft unseres Landes und unserer Völker teuer ist, dazu auf, sich intensiv mit der Vergangenheit zu befassen und sich zu bemühen, die Lehren daraus zu ziehen.

Internationale Gesellschaft MEMORIAL

Übersetzung aus dem Russischen: Vera Ammer

Russische Quelle: <http://memo.ru/history/y1937/y1937.htm>